

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Wahlkampf hat begonnen. Eure MdBs sind unterwegs im Land, wir unterstützen euch wo wir können. Denn nur wir alle zusammen können das Ergebnis erreichen, das wir in Baden-Württemberg brauchen um die grüne Bundestagsfraktion deutlich wachsen zu lassen. 68 Abgeordnete waren gut – die kleinste Fraktion hatte in vielfacher Hinsicht den größten Output. Aber diesmal wollen wir 80, 90, 100 Abgeordnete. Wir wollen nicht mehr als letzte reden im Plenum und die kürzeste Redezeit haben – obwohl wir häufig am meisten zu sagen hätten, zumindest was qualifizierte Beiträge betrifft. Wir wollen Verstärkung und die wollen wir vor allem aus Baden-Württemberg. Mein Ziel: die baden-württembergische Landesgruppe wird diesmal die stärkste!

Und wir wollen die Bundesregierung ablösen! Eine Bundesregierung, die sich vor allem durch Uneinigkeit und Nichtstun ausgezeichnet hat, kann und darf dieses Land nicht weiter regieren. Dazu sind die Herausforderungen der Zukunftsgestaltung zu groß. Merkel darf mit ihrer Taktik der „asymmetrischen Demobilisierung“ statt argumentativer Auseinandersetzung nicht durchkommen! Wo unser Wunsch-Koalitionspartner sich entmutigen lässt, müssen wir um so mehr angreifen. Es ist noch alles offen, es wird ein absolut spannender 22. September, jede Stimme zählt am Ende.

Lasst uns mit Lust und Kompetenz kämpfen! Warum das in welchen Politikfeldern ganz besonders wichtig ist, lest ihr in diesem letzten SüdWest-Grün eurer Landesgruppe in der aktuellen Zusammensetzung.

Eure



	Seite
<i>Kerstin Andreae</i>	2
<i>Biggi Bender</i>	4
<i>Agnieszka Brugger</i>	6
<i>Harald Ebner</i>	8
<i>Ingrid Hönlinger</i>	10
<i>Susanne Kieckbusch</i>	12
<i>Memet Kilic</i>	14
<i>Sylvia Kotting-Uhl</i>	16
<i>Beate Müller-Gemmeke</i>	18
<i>Gerhard Schick</i>	20
<i>Ulrich Schneider</i>	22
<i>Impressum</i>	24



Kerstin Andreae

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ungedeckte Schecks: Merkels Wahlversprechen

Seite 2

Angela Merkel kündigt pünktlich zum Wahlkampf großzügige Wohltaten an: Mütterrente, Kindergeld, Investitionen in Infrastruktur. Dumm nur, wenn einer nachfragt, wie teuer das eigentlich wird. Über 23 Milliarden werden ihre Wahlversprechen kosten. Wie sie die bezahlen will, lässt sie lieber offen.

Beispiel „Mütterrente“: Merkel stellt mehr Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, in Aussicht. Das kostet 6,5 Milliarden Euro. Um das dauerhaft aus der Rentenkasse zu bezahlen, müsste man die Beiträge erhöhen. Das sagt Merkel nicht. Stattdessen meint schwarz-gelb, man könne dafür doch die Rücklagen der Rentenversicherung nehmen. Nur: die werden schmelzen wie Schnee in der Sonne. In wenigen Jahren wäre nichts mehr davon übrig. Und dann? Die Antwort bleibt schwarz-gelb schuldig.

Schwarz-gelb will außerdem unter anderem die Erwerbsminderungsrente, Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöhen. Das kostet weitere 15 Milliarden Euro. Und keiner weiß, wo dieses Geld eigentlich herkommen soll. Bislang verkündet Finanzminister Schäuble noch den Abbau von Schulden in den kommenden Jahren. Alles Makulatur. Merkel fährt die Staatsfinanzen gegen die Wand. Das ist unseriös und setzt die Verschleierungspolitik dieser Regierung fort. Nur nicht anecken, alles im Ungefähren lassen – das ist das Motto von Angela Merkel. Aber gut 23 Mrd. € lassen sich nicht verschleiern. Entweder man muss an anderer Stelle kürzen, die Einnahmen erhöhen oder mehr Schulden machen. Für welchen Weg will Angela Merkel sich entscheiden? Das muss sie jetzt den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen.

Seehofer kritisiert bereits, man müsse die Versprechen unter „Finanzierungsvorbehalt“ stellen. Heißt im Klartext: Wir werden sie nicht einlösen. Wir Grü-

ne lehnen eine unseriöse Politik auf Pump ab. Wir sagen ehrlich, was wir machen wollen, was es kostet und woher das Geld kommen soll. Unser Wahlprogramm ist gegenfinanziert. Wir setzen auf Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen. Dafür haben wir in der Vergangenheit viel Prügel einstecken müssen.

Wir investieren vor allem mehr Geld in Zukunftsprojekte. Wir stecken Geld in Kitas, Schulen und Infrastruktur. Wir Grüne wollen in Bund, Länder und Kommunen über 10 Mrd. Euro mehr für Hochschulen, Ganztagschulen und Kitas ausgeben. Außerdem investieren wir 3,5 Mrd. Euro in die Energiewende und in den Klimaschutz. So entstehen neue Arbeitsplätze. Merkel verspricht nur eine magere Milliarde Euro für Investitionen in die Infrastruktur und sagt nicht, wie genau diese Milliarde eingesetzt werden soll.

Ein eigener und höherer Regelsatz für Kinder in Hartz IV-Familien ist Teil unserer Antwort auf Kinderarmut. Kinder sind nicht einfach nur kleine Erwachsene, sondern haben eigene und unabhängig zu berechnende Bedarfe. Bei Angela Merkels Versprechen dagegen gehen arme Kinder, deren Eltern noch Hartz IV erhalten, leer aus, weil die Kindergelderhöhung auf die Regelsätze angerechnet wird.

Mit den Mitteln aus der Abschmelzung des Ehegattensplittings wollen wir Kinder besser fördern und jungen Familien bessere Chancen geben, Familie und Beruf miteinander zu vereinen. Die Einnahmen, die bei Ländern und Kommunen aus dem Abschmelzen des Ehegattensplittings entstehen (4 Mrd. Euro) werden wir Cent für Cent in bessere Kitas und Schulen investieren. Zudem beginnen wir

Kerstin Andreae

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71480
Fax 030 / 227- 76481
kerstin.andreae@bundestag.de

Wahlkreisbüro Freiburg

Haslacher Str. 61
79115 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713
Fax 0761 / 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

mit dem Aufbau einer Kindergrundsicherung, die jedes Kind gleich hoch fördert. Als ersten Schritt erhalten so Gering- und Normalverdiener-Familien 22 Euro pro Monat und Kind mehr als heute.

Bei Angela Merkels Vorschlägen wird die Schieflage in der Familienförderung, dass gutverdienende Eltern höher gefördert werden als kleinere Einkommen, weiter verstärkt. Mittlere Einkommen profitieren zwar vom höheren Kindergeld von 35 € pro Kind, aber die gleichzeitige Anhebung des Kinderfreibetrages entlastet gutverdienende Eltern noch stärker um rund 50 € bei 120.000 € Haushaltseinkommen. Schwarz-Gelb gibt das meiste Geld für Transfers aus, statt mit mehr und besserer Kinderbetreuung etwas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun, die sich junge Familien wünschen. Insgesamt ist Merkels Vorschlag deshalb teuer, sozial ungerecht und rückwärtsgewandt.

Jeder fünfte Erwerbstätige über 50 geht davon aus, dass er im Alter arm sein wird. Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut sind dringend notwendig. Die Grüne Garantierente ist unser Mittel dafür. Wer 30 Jahre rentenversichert war, erhält mindestens 850 €. Alle Zeiten werden in die Berechnung einbezogen, auch Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Zeiten der Kindererziehung bis zu 10 Jahre. Davon profitieren insbesondere Frauen und Erziehende. Die Garantierente wird durch Steuern finanziert, sodass die Beitragszahlenden in der Rentenkasse nicht dafür aufkommen müssen. Die sogenannte „Lebensleistungsrente“, die die Union vorschlägt ist dagegen unter der Wahrnehmungsschwelle. Höhere Rente gibt es nur für Leute, die 40 Jahre in der Rentenversicherung waren und privat vorgesorgt haben.

Fast jeder zehnte Erwerbsgeminderte braucht neben seiner Rente Grundsicherung, also eine zusätz-

liche soziale Absicherung im Alter. Die Ursachen liegen unter anderem in der Ausweitung von Niedriglöhnen, mehr Erwerbsunterbrechungen und schlechteren Arbeitsbedingungen. Da ist die Bundesregierung untätig geblieben. Merkels Versprechen einer höheren Erwerbsminderungsrente löst dieses Problem nicht. Wir müssen sehr viel mehr dafür tun, die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass Beschäftigte gesünder bleiben. Menschen, die ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, sollen im Grünen Konzept eine Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge erhalten. Aber nur mehr Geld ist für die Menschen und für die Rentenversicherung nur die zweitbeste Lösung. Denn gute Gesundheit bis ins hohe Alter ist ein Wert an sich. Und auch Arbeit bedeutet Teilhabe. Und die Rentenbeiträge hält man auf diese Weise auch nicht stabil.

Unsere Vorschläge sind zielgenau, zukunftsorientiert und gegenfinanziert. Über 40 Prozent der neuen Einnahmen werden in Bildung und Betreuung investiert, 25 Prozent in die Haushaltskonsolidierung und 15 Prozent in gerechtere Sozialleistungen.

Angela Merkel will das Geld per Gießkanne unter die Leute bringen, anstatt etwas gezielt für Kinder aus finanziell schwachen Familien zu tun, gegen schlechte Betreuungsinfrastruktur und Altersarmut zu kämpfen. Merkel muss im Wahlkampf erklären, woher das Geld für ihre Vorschläge eigentlich kommen soll. Denn wir brauchen keine Ankündigungskanzlerin, die ungedeckte Schecks verteilt, sondern eine gerechte, ehrliche und solide Politik, die hält, was sie verspricht.



Biggi Bender

Sprecherin für Gesundheitspolitik

Das grüne Schlüsselprojekt Bürgerversicherung

Seite 4

Die Bilanz von 4 Jahren Schwarz-Gelb lautet: Die Finanzierung der Krankenversicherung ist unsolidarischer geworden. Auf der Versorgungsseite ist nicht viel passiert. Dagegen setzen wir Grünen die Bürgerversicherung und vielfältige Vorschläge zur Umgestaltung der Versorgung und zur Prävention.

Die Angriffe auf die Bürgerversicherung inklusiver verzerrender und falscher Presseartikel häufen sich. Aber das „Weiter so“, wie es in den Wahlprogrammen von Union und FDP zu finden ist, wäre ein Desaster.

Entsolidarisierung durch Schwarz-Gelb

Die Zusatzbeiträge dürfen ins Uferlose steigen, der Arbeitgeberbeitrag wurde eingefroren: Künftige Kostensteigerungen zahlen die Versicherten mit gleich hohen Zusatzbeiträgen – egal ob Kindergärtnerin oder Millionär. Doch das soll vor der Wahl keineR merken: Schwarz-Gelb hat so viel „Muffe“ vor der Wirkung der Zusatzbeiträge, dass sie den Einheitsbeitrag extrem hoch angesetzt haben. Zusammen mit der guten Konjunktur führt dies aktuell zu Überschüssen, die Begehrlichkeiten wecken und in den letzten Sitzungswochen dieser Wahlperiode auch fleißig bedient wurden. Wenn Schwarz-Gelb am Ruder bleibt, drohen 2014 einzelne und 2015 flächendeckende Kopfpauschalen.

FDP setzt weiter auf den Ausstieg aus dem Solidarsystem

Die FDP verspricht bei den Kopfpauschalen/Zusatzbeiträgen Geringverdienenden einen steuerfinanzierten Sozialausgleich. Doch das ist ein hohles Versprechen: Die vielen Milliarden Euro, die dies kosten würde, kann die FDP weder aufbringen noch will sie das.

Das FDP Wahlprogramm sieht in der gesetzlichen Krankenversicherung eine radikale Abkehr vom Sachleistungsprinzip vor und will die Kostenerstattung einführen. Das würde das System sprengen: Versicherte wären individuell mit den finanziellen Forderungen von ÄrztInnen konfrontiert, Menschen mit niedrigeren Ein-

kommen könnten auf notwendige Behandlungen nicht vorfinanzieren. Und die Kehrseite: Noch weniger ÄrztInnen in armen Stadtteilen, weil dort die Rechnungen nicht eingetrieben werden könnten.

Die FDP plant ein gigantisches Bürokratiemonster: In der PKV mit ihrer Kostenerstattungspraxis beschäftigt sich ein Viertel der Angestellten tagein tagaus mit nichts anderem als der Überprüfung von Rechnungen.

Schwarz-Gelbe Schutzengel der Private Krankenversicherung

Union und FDP zementieren mit dem Festhalten an der Privaten Krankenversicherung die Zwei-Klassen-Medizin. Das im internationalen Vergleich einmalige Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenversicherung führt dazu, dass Art und Ausmaß der Behandlung nicht von der Schwere der Erkrankung, sondern von der Art des Krankenversicherungsschutzes abhängig sind.

Schwarze Auskunftsverweigerung

Zu ihren gesundheitspolitischen Plänen für die nächsten Jahre verweigert die Union jede Auskunft und Auseinandersetzung: Das Wahlprogramm strotzt vor inhaltlosen blumigen Formulierungen - konkret wird es bei einer „Bestandsgarantie“ für die PKV - das ist unsozial. Die Auswirkungen des schleichenden Umbaus der solidarischen Krankenversicherung in ein Kopfpauschalensystem versucht sie zu vertuschen - das ist Wählertäuschung.

Die wichtigsten Eckpunkte der Grünen Bürgerversicherung:

- Versichert alle BürgerInnen gleich gut.
- Beendet die Zwei-Klassen-Medizin - in Zukunft erhalten ÄrztInnen für alle PatientInnen dasselbe Honorar.
- Gibt den Kassen die Entscheidung über die Beitrags-

Südwest Grün Juli 2013



Biggi Bender
Sprecherin für Gesundheitspolitik
Mitglied Ausschuss für Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71667
Fax 030 / 227-76667
biggi.bender@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stuttgart
Hauptstätter Str. 57
70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 26346177
Fax 0711 / 6151725
biggi.bender@wk.bundestag.de
www.biggi-bender.de

Seite 5

höhe zurück.

- Beteiligt wieder zu gleichen Teilen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber an den Beiträgen auf Löhne und Gehälter.

- Zieht alle Einkommen – nicht nur Erwerbseinkommen – zur Berechnung der Beiträge heran, mit einem Freibetrag für SparerInnen.

- Erhöht schrittweise die Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.

- schafft Spielräume für Beitragssatzsenkungen in Höhe von 1,5 Prozentpunkte (Honorarausgleich für Gesundheitsberufe und Mindereinnahmen durch Abschaffung von Zuzahlungen sind bereits berücksichtigt).

- Versichert kostenlos Kinder sowie EhegattInnen/LebenspartnerInnen, die nicht erwerbstätig sind, Kinder erziehen oder Familienangehörige pflegen.

- Plant für andere Paare ein Beitragssplitting, das isoliert betrachtet bei rund 2-3 % der Ehepaare/ELP (solchen mit sehr hohen, sehr ungleich verteilten Einkommen zu einem steigenden Beitrag führt. Dieser ist dann genauso hoch, wie die Beiträge eines Paares mit identischen Gesamteinkommen, das sich 50/50 auf beide verteilt.

Die Bürgerversicherung à la SPD

Es bestehen vier zentrale Unterschiede zum grünen Modell: Die paritätische Finanzierung ist durch einen Lohnsummenbeitrag der Arbeitgeber geplant. Die SPD will weder die Beitragsbemessungsgrenze erhöhen, noch die Beitragsbemessung auf alle Einkommen ausdehnen – nur Kapitaleinkommen sollen indirekt stärker belastet werden. Die SPD setzt auf eine stärkere Steuerfinanzierung - wir wollen das Gesundheitswesen nicht von jährlichen Haushaltsberatungen im Bundestag abhängig machen. Die SPD hält an der bestehenden Familienmitversicherung fest und lehnt vermutlich die Abschaffung von Zuzahlungen ab.

Die Bürgerversicherung à la Linke

Die Linke will eine staatliche Einheitsversicherung mit Einheitsbeitrag und fordert die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Letzteres ist verfassungsrechtlich höchst fragwürdig, da es in einer Sozialversicherung einen Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung geben muss. Ein Problem mit der Verfassung besteht auch beim Vorhaben, die PKV-Unternehmen ausschließlich auf Zusatzversicherungen zu beschränken.

Bürgerversicherung im Bundestagswahlkampf

Vorgehalten werden uns (meist viel zu hohe) Belastungen der Versicherten. Belastungen existieren, sind jedoch nur die eine Seite der Medaille – sehr viel mehr Versicherte werden entlastet. Singles und Ehepaare, die fast ausschließlich Erwerbseinkommen erzielen, werden bis zu einem monatlichen Brutto(gesamt)einkommen von 4.600 € entlastet. Ein Single mit hohem Gehalt (mehr als 5.800 €) muss maximal 83 € mehr Beitrag zahlen. Da dies bei der Einkommenssteuer berücksichtigt wird, reduziert sich die Nettobelastung auf etwa 50 €.

Auch die Arbeitgeber kritisieren Belastungen. Durch die Wiederherstellung der Parität werden die Versicherten als Kollektiv ent-, und die Arbeitgeber als Gesamt belastet. Aber Branchen mit unterdurchschnittlichen Einkommen profitieren: Für Beschäftigte mit Monatseinkommen bis 4.100 € (das betrifft über 80 % der Angestellten) muss weniger gezahlt werden als bisher.

Zu glauben, dass die schwarz-gelben Kopfpauschalen der Versicherten keine Auswirkungen auf die Arbeitgeber hätte, ist blauäugig. Sicher werden diese Belastungen bei Tarifverhandlungen eine Rolle spielen. Statt einer verdeckten Mitfinanzierung durch Arbeitgeber setzen wir auf eine transparente Beteiligung.

Südwest Grün Juli 2013





Agnieszka Brugger

Sprecherin für Abrüstungspolitik

Schwarz-Gelb im Drohnenrausch – Zeit für einen grünen Schlussstrich

Seite 6

Einen Kaufrausch hat sicher fast jede und jeder von uns schon einmal erlebt. Die plötzlich entflammte Freude kann bei solchen Erlebnissen aber ebenso schnell wieder erlöschen und oft bleibt danach nur noch der Umtausch.

Vielleicht haben es sich die Verantwortlichen im Verteidigungsministerium auch so einfach vorgestellt, als sie in ihrem Eifer bei der Drohnenbeschaffung dem Kaufrausch verfallen sind. Anders jedenfalls kann ich mir nicht erklären, wie man all die Pannen, Warnhinweise und Kostensteigerungen beim EURO HAWK so fahrlässig ignorieren konnte und diesen Schlamassel nicht frühzeitig gestoppt hat. Noch immer ist ungeklärt, wie es mit der Beschaffung der fast baugleichen Aufklärungsdrohne des Typs Global Hawk, für die das Parlament mit schwarz-gelber Mehrheit im Mai 2012 weitere 483 Mio € schon freigegeben hat, weiter gehen soll. Im Rahmen des NATO Allied Ground Surveillance (AGS) Core - Programms sollen gemeinschaftlich fünf dieser Systeme beschafft werden. Da es sehr wahrscheinlich ist, dass der Global Hawk bei der Zulassung ähnliche Probleme haben wird, sollte das Programm vorerst umgehend gestoppt werden, damit es nicht zu einer weiteren Verschwendung von Steuergeldern kommt. Besonders skandalös ist, dass bereits 2012 gravierende Probleme beim Euro Hawk bekannt waren, doch der Verteidigungsausschuss darüber völlig im Unklaren gelassen wurde, während das nächste Drohnenprojekt durchgewunken wurde.

Schwarz-Gelb scheint die Zulassungsproblematik und mögliche Kostenexplosionen aber einfach zu ignorieren und verharrt im Einkaufsmodus.

Verflechtung zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium auflösen

Beim EURO HAWK handelt es sich um eine Aufklä-

rungsdrohne, die über große Räume hinaus mit dem so genannten Signal Intelligence System (SIGINT) Daten sammeln sollte. Schwarz-Gelb hält auch weiter an dieser Komponente, die von EADS produziert wird, fest. Bis zum 30. September 2013 soll das SIGINT Aufklärungssystem weiter erprobt werden. Hierfür werden weitere 5,2 Mio € ausgegeben, obwohl nicht einmal klar ist, ob und an welchem Fluggerät dieses System danach eingesetzt werden kann. Freuen kann sich hierüber vor allem mal wieder EADS.

Drohnenminister de Maizière richtet sich bei seiner Beschaffungspolitik nach den Wünschen der Rüstungsindustrie und ist verfangen in der Logik des Wettrüstens. Nach den gravierenden Fehlern, die bei der Entwicklung des Euro-Hawk gemacht wurden, darf sich der Verteidigungsminister nicht einfach wegducken und den Unwissenden mimen. Je mehr sich de Maizière in den letzten Wochen und Monaten herausredete, desto mehr verstrickte er sich in Widersprüche. Zunächst hieß es, er habe erst am 13. Mai 2013 eine schriftliche Vorlage erhalten, in der ihm die Zulassungsprobleme in aller Dramatik geschildert worden seien. Inzwischen ist klar, dass de Maizière schon am 10. Dezember 2012 bei einem Besuch bei Cassidian, der Rüstungsschmiede von EADS, eine umfassende Infomappe mit einschlägigen Ausführungen zur Zulassungsproblematik erhalten und persönlich quittiert hat. Der Verteidigungsminister wusste also Bescheid und hat Parlament und Öffentlichkeit nicht die Wahrheit gesagt.

Mit diesen billigen Ausflüchten geben wir Grüne uns aber nicht zufrieden und haben deshalb die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses durchgesetzt. So werde ich den Sommer neben der schönen Zeit im oberschwäbischen Wahlkampf in den stickigen Sitzungssälen des Bundestages verbringen und meine erste Legislaturperiode im Parla-

Agnieszka Brugger
Sprecherin für Abrüstungspolitik
Mitglied Verteidigungsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 71570
Fax 030 / 227- 76195
agnieszka.brugger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ravensburg
Rosenstraße 39
88212 Ravensburg
Tel. 0751-3593966
agnieszka.brugger@wk.bundestag.de
www.agnieszka-brugger.de

Seite 7

ment endet, wie sie begonnen hat: Indem sich der Verteidigungsausschuss zum Untersuchungsausschuss erklärt. Wir werden mit diesem Untersuchungsausschuss die Informationspolitik des Ministers und die Verflechtungen zwischen Rüstungsindustrie und Verteidigungsministerium genauestens unter die Lupe nehmen und de Maizière dazu zwingen, Rede und Antwort zu stehen.

Wer wegschaut, macht mit - gezielte illegale Tötungen durch Kampfdrohnen verurteilen

Noch während der Verteidigungsminister mitten im Drohnendebakel steckte, kündigte er Ende Mai gleich die Beschaffung von fünf Kampfdrohnen bis 2016 an und hält sich offen, elf weitere zu erwerben. Dabei wird nicht geprüft, ob diese Waffen wirklich erforderlich sind und welche Folgen ihr Besitz nach sich zieht. De Maizière und Merkels Kabinett verweigern sich aber einfach dieser Diskussion und ignorieren die Gefahr der Absenkung der Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt. Und das obwohl der Einsatz bewaffneter unbemannter Systeme massive Auswirkungen auf die Kriegsführung hat. Das Beispiel der USA zeigt, dass die Gefahr groß ist, dass ein Waffeneinsatz schneller und öfter politische Akzeptanz findet, wenn dieser durch automatische Systeme ausgeführt wird. Die berechtigte Zurückhaltung bei politischen Entscheidungen über Militäreinsätze scheint gefährdet, wenn solche Mittel erst einmal zur Verfügung stehen. Für Friedensnobelpreisträger Obama sind inzwischen bewaffnete Drohnen zum Mittel der Wahl bei der Verfolgung und außergerichtlichen Hinrichtung mutmaßlicher Terroristen geworden. Die USA greifen in ihrem sogenannten Kampf gegen den Terror systematisch auf dieses Waffensystem zurück und verstoßen mit gezielten Tötungen in Pakistan, im Jemen und in Somalia gegen das Völkerrecht. Besonders verwerflich sind die so genannten SIGINT-Strikes, bei de-

nen nur aufgrund von Bewegungsprofilen Ziele ausgemacht und bekämpft werden. Dass die Bundesregierung dabei zuschaut und diese Praxis stillschweigend hinnimmt, ist ein Skandal. Eine solche Duldung völkerrechtswidrigen Handelns droht langfristig selbst das Völkerrecht auszuhöhlen, mit anderen Worten – wer wegschaut, macht mit.

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr – für mehr Rüstungskontrolle

Wir Grüne haben uns nach einer intensiven Debatte eindeutig zu dieser Frage positioniert und erteilen der Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr eine klare Absage. Der Verbreitung von bewaffneten Drohnen muss unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden und zwar bevor immer mehr Staaten über solche Waffensysteme verfügen und sie weiterexportieren. Wer eine solche gefährliche Entwicklung eindämmen will, muss zunächst selbst dazu bereit sein, auf bewaffnete Drohnen zu verzichten. Um den Rüstungswettlauf in diesem Bereich zu stoppen, brauchen wir aber darüber hinaus dringend internationale Regelungen und Begrenzungen für bewaffnete unbemannte Systeme. Im Rahmen der präventiven Rüstungskontrolle muss auf Ebene der Vereinten Nationen der Aufrüstung und Verbreitung entgegen gewirkt werden. Es muss dabei vor allem verhindert werden, dass Roboter selbständig über Leben oder Tod von Menschen entscheiden. Deshalb unterstütze ich die zivilgesellschaftliche Initiative zur völkerrechtlichen Ächtung von autonomen bewaffneten Drohnen. Deutschland sollte sich an einem solchen Prozess zur rechtsverbindlichen Begrenzung der Verbreitung, Weiterentwicklung und des Einsatzes unbemannter Systeme von Anfang an beteiligen. Unter den verantwortungslosen schwarz-gelben Drohnenrausch wollen und werden wir einen grünen Schlussstrich setzen.



Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik

Jetzt also doch? Greening der EU-Agrarpolitik

Seite 8

Für die gemeinsame EU-Agrarpolitik ab 2013 stehen jetzt die wichtigsten Eckpunkte fest. Trotz der Blockadeversuche durch industrielle Agrarlobby und Bundesregierung ist ein erster Einstieg in eine umweltfreundlichere Landwirtschaft geschafft: 30 % der Direktzahlungen werden an ökologische Bewirtschaftungsauflagen wie 5 % Ökologische Vorrangflächen geknüpft. Doch an vielen Stellen muss aus unserer Sicht noch nachgebessert werden: statt einer echten Fruchtfolge ist z. B. nur eine begrenzte Diversifizierung der Ackerkulturen vorgeschrieben. Die Kanzlerin hat zudem zugelassen, dass die Mittel der Zweiten Säule für Deutschland um 20 % gekürzt werden. Dies trifft v.a. Agrarumweltmaßnahmen, den tierschutzgerechten Umbau von Ställen und Programme für den ländlichen Raum. Wir fordern, dass Deutschland diese Einbußen durch Umschichtung von 15 % der Direktzahlungen in die Zweite Säule kompensiert.

Neonicotinoid-Moratorium: Atempause für Bienen

Immer mehr Studien belegen die Gefährlichkeit von Neonicotinoiden für Bienen und andere Bestäuberinsekten. Schon bei winzigsten Mengen (0,1 Milliardstel Gramm) dieser Wirkstoffe verlieren Bienen ihre Orientierung und werden anfälliger für Krankheiten und Parasiten. Doch Schwarz-Gelb leugnet bis heute den Beitrag der Pestizide zum Bienensterben und wirft uns Grünen statt dessen „ideologischen Aktionismus“ vor.

Im Januar forderte die sonst industriefreundliche EU-Behörde EFSA ein Einsatzverbot für drei Neonicotinoide, worauf die EU-Kommission ein Moratorium für zwei Jahre vorschlug. Wir haben uns erfolgreich in Brüssel und Berlin für diesen Kommissionsplan eingesetzt. Mit dem befristeten Teilverbot sind aber längst nicht alle Gefahren gebannt, da es nicht für alle Einsatzbereiche und bienengefährlichen Wirkstoffe gilt. Wir fordern, dass nun zügig alle Risiken umfas-

send erforscht und umweltfreundlichere Alternativen entwickelt werden.

Die Bundesregierung hat in der Debatte ein übles Doppelspiel betrieben. Während Ministerin Aigner die Kommissionsinitiative öffentlich begrüßte, enthielt sie sich zuerst bei der Abstimmung und arbeitete hinter den Brüsseler Kulissen aktiv auf ein Scheitern des Verbots hin („The Guardian“ u. a.). Erst massiver Druck von Opposition, Imker- und Umweltverbänden hat die Bundesregierung letztlich zur Zustimmung gezwungen. Eigenes Engagement für Bienen zeigt Ministerin Aigner nur in der Welt von Bits und Bytes. Mit einer „Bienen-App“ für Smartphones kann man einen virtuellen Balkon mit virtuellen Blumen bestücken, woraus virtuelle Bienen dann virtuellen Honig produzieren. Lasst uns diese virtuelle Regierung endlich in ein virtuelles Nirwana schicken!

Pestizide in unseren Körpern

Glyphosat ist der meistverkaufte Pestizidwirkstoff der Welt. Er wird als Totalherbizid in stark steigenden Mengen in Nord- und Südamerika u. a. beim Anbau von herbizidresistenter Gentech-Soja eingesetzt. Auch in Deutschland hat sich die Glyphosatmenge seit 1993 verfünffacht, u. a. zur „Schnellabreifung“ von Getreide oder Hülsenfrüchten (Sikkation).

Der BUND hat jetzt in einer Studie Glyphosat-Rückstände im Urin europäischer Stadtbewohner nachgewiesen. Deutschland hatte mit 70 % positiv getesteten Personen die zweithöchste Belastungsrate. Ein Alarmzeichen, denn das bestätigt frühere Hinweise, dass ein Großteil von uns das Gift über die Nahrung aufnimmt. Statt eigene Daten zu erheben oder die Sikkation zu verbieten, hält die Bundesregierung die Glyphosat-Belastung aber für „normal“. Dabei weiß Ilse Aigner seit Jahren von Missbildungen und schweren Erkrankungen in den Sojaregionen Argentiniens.

Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik, Mitglied Ausschuss
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73025
Fax 030 / 227- 76025
harald.ebner@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Gelbinger Gasse 87
74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97 82 37 31
Fax 0791 / 97 82 37 33
harald.ebner@wk.bundestag.de
www.harald-ebner.de

Seite 9

SmartStax – Neue Risikodimension bei Gentech-Pflanzen

Aktuell verhandeln die EU-Staaten über die Import-Zulassung der Gentech-Maissorte „SmartStax“, die sechs verschiedene Insektengifte produziert und gegen zwei Totalherbizide resistent ist. Eine völlig neue Risikodimension: die Auswirkungen des Cocktails aus sechs Insektiziden und Herbizidrückständen aus dem Anbau auf die Gesundheit von Mensch und Tier sind völlig unbekannt. Bei so viel Fremd-Erbmaterial steigt auch die Gefahr von Nebenwirkungen wie giftige oder hoch allergene Stoffwechselprodukte. Trotzdem hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bislang weder Kombinationseffekte geprüft, noch Fütterungsstudien eingefordert. Unserer Aufforderung, die Importgenehmigung von SmartStax abzulehnen, ist die Bundesregierung nicht gefolgt. Offenbar sollen nun wir VerbraucherInnen Versuchskaninchen für das Gentech-Gewächs spielen.

Trotz gentechnikkritischer Rhetorik mancher Unionsvertreter: Schwarz-Gelb will Monsanto & Co. die Tür für neue Gentechnik-Pflanzen in Europa weit offen halten. Mehr noch: Angela Merkel ist offenbar bereit, bei den Freihandelsverhandlungen mit den USA auch die europäischen Gentechnik-Standards zu opfern. Es bleibt dabei: Gentechnikfreiheit gibt es nur mit Grün!

Stuttgart 21 – Der Skandal geht weiter!

Dem Vernehmen nach hat der Bundesrechnungshof seinen ursprünglich für Ende Juni 2013 angekündigten Bericht zur weiteren Kostenentwicklung von S21 auf einen ungewissen Termin **nach der Bundestagswahl 2013** verschoben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Denn währenddessen verkündet Projektsprecher Dietrich, dass es völlig unwichtig sei, wer am Ende Mehrkosten in egal welcher Höhe trage. Jetzt gelte erst mal: „bauen, bauen, bauen“. Im Klartext: Bahn und Bund halten an der Strategie fest, die BürgerInnen für

blöd zu verkaufen, die wahren Kosten weiterhin zu verschleiern und durch massives Schaffen von teuren Tatsachen eine vermeintlich alternativlose Situation ohne Ausstiegsoption zu provozieren. *Dass man das jetzt auch so unverblümt öffentlich einräumt, ist ausnahmsweise mal ehrlich!*

Der Aufsichtsrat der DB AG hat trotz exorbitanter Zusatzkosten in Höhe von 2,3 Mrd. Euro am 5.3.2013 beschlossen, am Projekt festzuhalten. Offiziell allein deshalb, weil die Fortführung um 77 Mio. Euro billiger sei als der Ausstieg. Angesichts des Kostenrahmens von mittlerweile 6,8 Mrd. Euro und einer Kostensteigerung von 50 % innerhalb von zwei Jahren sind diese 77 Mio. aber echte „peanuts“. Das weiß auch Projektsprecher Dietrich. Käme der Bundesrechnungshof vor der Bundestagswahl mit noch höheren Zahlen für die wahren Kosten für S21 heraus, das Projekt wäre politisch nicht mehr zu retten.

Auf das Land rollt damit möglicherweise eine verheerende Kostenlawine zu! Da die Bahn erklärt hat, den Klageweg hinsichtlich der Sprechklausel erst beschreiten zu wollen, wenn das Projekt wirklich unumkehrbar geworden ist, bleibt dem Land nur der Ausweg einer negativen Feststellungsklage, um **heute** ein für allemal rechtssicher zu klären, wer für bisher verheimlichte Mehrkosten aufzukommen hat.

Auch der Fortgang der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm ist ungewiss. Die Bahn schlägt erneut sämtliche Brandschutzbestimmungen in den Wind und riskiert damit die Sicherheit der BauarbeiterInnen im Tunnelbau. Das ist schlicht skandalös.



Ingrid Hönlinger

Sprecherin für Demokratiepolitik

Recht, Demokratie und Menschenrechte – über Grenzen hinweg

Seite 10

Liebe Freundinnen und Freunde,

Menschenrechte, Demokratie, Recht und Gerechtigkeit sind zentrale Herzensanliegen grüner Politik. In Deutschland, Europa und weltweit voranzubringen, ist seit jeher Ziel grüner Politik. Wie sich das konkret in meiner Arbeit diese Themen habe ich in meiner Arbeit im Bundestag vorgebracht. Hier findet ihr in Kürze meine aktuellen Aktivitäten und Initiativen:

Recht – zwischen Brüssel und Berlin

Häufig rufen gerade die Gesetze, die von europäischer Ebene kommen, die umfassendsten Neuregelungen in unserem Recht hervor. Daher ist es besonders wichtig, einen Ausschuss für Europarecht zu haben. Jeden Freitagmorgen in den Sitzungswochen des Bundestags treffe ich mich im „Unterausschuss Europarecht“ mit Rechtspolitikerinnen und -politikern aller Fraktionen, um über europäische Vorschläge zur Rechtsetzung zu diskutieren. Der „Unterausschuss Europarecht“ ist das Gremium im Bundestag, das sich mit EU-Vorlagen befasst. So rücken die Verhandlungen, die in Brüssel geführt werden, in die Mitte unserer deutschen Politik. Zuletzt haben wir mit der EU-Verbraucherrechterichtlinie das Verbraucherschutzniveau in der gesamten Europäischen Union angeglichen. Wer einen im EU-Ausland geschlossenen Vertrag widerruft, kann dies dort zu den gleichen Bedingungen wie in Deutschland tun. Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren von dieser Neuregelung.

Manchmal ist es auch erforderlich, die Vorgaben der europäischen Gesetzgebungsorgane zu hinterfragen. Mit der „Subsidiaritätsrüge“ kann der Bundestag der EU-Kommission signalisieren, dass sie ihre Kompetenzen überschreitet oder mit einer Regelung über das Ziel hinausschießt. Beispielsweise haben

wir fraktionsübergreifend eine solche Rüge bei einem Großprojekt der EU erhoben: dem Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht. Danach sollten Kaufverträge nicht nur nach nationalem Recht, sondern auch nach einem eigenen europäischen Recht ermöglicht werden. Ich bin zwar der Auffassung, dass Schritte zu einer Harmonisierung im EU-Recht angebracht sind, wenn sie den grenzüberschreitenden Handel fördern können. Aber wir müssen uns genau überlegen, welche Schritte wir gehen. Der Vorschlag zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht war wegen diverser Unstimmigkeiten und rechtunsicherer Formulierungen nicht ausgereift. So hätte ein Europäisches Kaufrecht weder Verbraucherinnen und Verbrauchern, noch Unternehmerinnen und Unternehmern genutzt. Rechtsstreite vor Gericht wären vorprogrammiert. Andere EU-Länder haben sich unserer Subsidiaritätsrüge angeschlossen. Staatenübergreifend haben wir so erreicht, dass auf europäischer Ebene intensive Beratungen und Folgenabschätzungen zum Projekt des Europäischen Kaufrechts durchgeführt werden. Damit konnten wir ein schlecht gemachtes Gesetz verhindern.

Demokratie und Beteiligung europäisch gedacht

Wir Grünen setzen uns für eine weitere Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in der EU ein. Es geht uns darum, den Bürgerinnen und Bürgern der EU stärkere Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der grundsätzlichen Ausrichtung der Europäischen Union zu geben. Mit der Europäischen Bürgerinitiative steht den Unionsbürgerinnen und -bürgern seit dem 1. April 2012 erstmals ein direktdemokratisches Instrument zur Verfügung.

Auf Bundesebene haben wir in Deutschland noch

Südwest Grün Juli 2013



Ingrid Hönlinger
Sprecherin für Demokratiep politik
Mitglied Rechtsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73064
Fax 030 / 227- 76064
ingrid.hoenlinger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ludwigsburg
Marktplatz 2
71634 Ludwigsburg
Tel. 07141 / 6887885
Fax 07141 / 6887881
ingrid.hoenlinger@wk.bundestag.de
www.ingrid-hoenlinger.de

Seite 11

keine einzige Möglichkeit zur Durchführung direkter Demokratie. Noch immer blockieren die Unionsfraktionen diese Initiativen. Wir sind also auf europäischer Ebene weiter als auf Bundesebene. Schon allein das sollte für uns Anlass sein, endlich direkte Demokratie auf nationaler Ebene zu ermöglichen.

In einem Positionspapier habe ich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen die Eckpfeiler zur Direkten Demokratie auf Bundesebene aktualisiert: „Direkte Demokratie auf Bundesebene einführen - neuen Herausforderungen gerecht werden“. Zum Link <http://ingrid-hoenlinger.de/meine-themen/demokratie/volltext-demokratie/article/neues-konzept-zur-direkten-demokratie/>

Wir haben ein schlüssiges Demokratiekonzept. Wir sind die Partei, die den Willen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Wir wollen mehr Demokratie in Deutschland und in Europa, und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen. Wir Grünen bieten glaubwürdig eine Politik der gesellschaftlichen Demokratie an. Ein politischer Wechsel in Berlin ist hierfür dringend notwendig.

Menschenrechte in Lateinamerika

Als Vorsitzende der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe setze ich mich für den Schutz der Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und erneuerbare Energien in den Staaten Südamerikas. Vom 8.-12. Mai 2013 habe ich Bundespräsident Joachim Gauck auf seiner Reise nach Kolumbien begleitet. Thematische Schwerpunkte der Reise waren Menschenrechte, Geschichtsaufarbeitung und Versöhnungskultur sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien.

In Kolumbien besteht seit mehr als 50 Jahren ein Binnenkonflikt, an dem Staat, Guerilla und Paramilitärs beteiligt sind. Seit Ende 2012 führt die kolumbi-

anische Regierung Gespräche mit den Guerilla-Bewegungen, um den Konflikt zu beenden. Ein-drücklich war die Rede des Bundespräsidenten an der Universidad De los Andes zum Thema „Erinnerungskultur und Versöhnung in Deutschland“. In der Rede hat er den Bogen von der Aufarbeitung des NS-Unrechts und des SED-Unrechts hinein in die kolumbianische Gegenwart geschlagen. Zentrale Ansatzpunkte waren „Wahrheit“, „Versöhnung“, „Schuld“ und „strafrechtliche Verfolgung“. Hier geht es zur Rede: www.rede-gauck.de

Am 10. Mai hat das Gespräch des Bundespräsidenten mit dem kolumbianischen Präsidenten Santos stattgefunden. Hieran haben die offizielle deutsche Delegation und kolumbianische Ministerinnen und Minister und weitere Ministeriumsangehörige teilgenommen. In dieser Gesprächsrunde habe ich die Situation von drei Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern geschildert und konkrete Namen und Lebensumstände genannt. Präsident Santos sagte konkrete Verbesserungen zu. In meinem Reisebericht <http://ingrid-hoenlinger.de/aktuelles/browse/2/> könnt ihr die Einzelheiten der Reise nachlesen.

Liebe Freundinnen und Freunde, bis zur Bundestagswahl sind es noch wenige Wochen. Lasst uns alle zusammen einen engagierten und kreativen Wahlkampf machen, damit wir ab dem 23. September mit einem neuen Politikstil Regierungsverantwortung übernehmen können – für eine echte Energiewende, für soziale Gerechtigkeit und für eine moderne Gesellschaft, hier in Deutschland, in Europa und weltweit.

Mit herzlichen grünen Grüßen

Eure Ingrid

Südwest Grün Juli 2013





Susanne Kieckbusch

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Hochschulcampus Tuttlingen – Zukunftsmodell für eine nachhaltige Struktur- und Bevölkerungs-

Seite 12

In meiner Tätigkeit als Lehrerin setzte ich mich gezielt für neue und innovative Schulkonzepte ein, die die Problemlagen der heutigen Zeit und die Schwächen der existierenden Schulsysteme aufgreifen und zu verbessern suchen. So beispielsweise das Konzept der Gemeinschaftsschule, das mittlerweile bereits in einigen Orten in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Aufgrund dieses erhöhten Interesses an *best-practice* Beispielen im Bildungssystem, bin ich bereits vor meinem Mandatsantritt auf die Hochschule Tuttlingen aufmerksam geworden.

Die FH Tuttlingen folgt dem Modell des *Public Private Partnership (PPP)*. Das heißt, die Hochschule ist zu 50% öffentlich, zu 50% privat. Der Hochschulcampus bietet ein praxisnahes Studium in Kooperation mit der Industrie, der Stadt und dem Landkreis. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Industrie ermöglicht an den Bedarf und die Praxis angepasste Studiengänge und eine hervorragende Vernetzung während des gesamten Studiums. Mit seinem in Deutschland bisher einzigartigen Hochschulkonzept antwortet Tuttlingen auf die aktuellen Problemlagen und Herausforderungen ländlicher Regionen sowie allgemein auf dem Arbeitsmarkt: Fachkräftemangel, vor allem im MINT-Bereich, Landflucht junger, gut ausgebildeter Menschen und dem damit verbundenen demographischen Wandel in ländlichen Regionen. Die Hochschule sorgt dafür, dass gemäß den ökonomischen und lokalen Gegebenheiten Fachkräfte in der Region ausgebildet und gehalten werden. Dadurch wird die regionale Wirtschaft gefördert und Tuttlingen generell nationaler sowie internationaler Anziehungspunkt für Jung und Alt. Aufgrund der florierenden Medizintechnik in der Region werden an der FH ingenieurwissenschaftliche Studiengänge, auch der Medizintechnik angeboten.

Im Rahmen meiner Besuche an der Hochschule konnte ich mich bereits selbst von der praktischen

Ausgestaltung des Modells überzeugen. Tuttlingen kann als bundesweites *best practice* Modell dienen, wie eine nachhaltige Struktur- und Bevölkerungspolitik mit neuen Bildungsansätzen ländliche Räume und regionale Wirtschaft stärken und zudem zu einer Reduzierung des Fachkräftemangels im MINT Bereich beitragen kann. Um die damit verbundenen Chancen und Potentiale ausschöpfen zu können und um den notwendigen Rahmen für ausreichend praktische Erfahrungen und daraus resultierendes *Know-how* bieten zu können, ist eine angemessene Unterstützung vonseiten der Politik notwendig. Deshalb möchte ich in Zusammenarbeit mit der Hochschule Tuttlingen, der Hochschule Furtwangen sowie dem Wissenschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg ein Konzept erarbeiten, das die hochschulpolitischen Fragen auf Länder- sowie auf Bundesebene behandelt und hinsichtlich seiner Stärken und Schwächen analysiert. Hierbei sollen sowohl Verbesserungs- und Unterstützungspotentiale für die Hochschule Tuttlingen betrachtet sowie aus diesem Beispiel abgeleitete Problemlagen der allgemeinen Hochschullandschaft in Deutschland herausgestellt werden. Generell möchte ich mich dafür einsetzen, dass Hochschulen wieder mehr den Menschen und seine individuelle Situation in den Blickpunkt nehmen. Gespräche mit der Wissenschaftsministerin Theresa Bauer sowie den IHKs und dem Dekan der Hochschule Tuttlingen lieferten hierfür bereits wichtige Impulse.

Ehemaliger Militärstandort als Hochtechnologiezentrum?

Am ehemaligen Kasernenstandort und Truppenübungsplatz in Immendingen im Landkreis Tuttlingen will die Daimler AG ein Testzentrum bauen, an

Susanne Kieckbusch

Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Tel: 030-/ 227 73022

Fax: 030-/ 227 76022

susanne.kieckbusch@bundestag.de

www.susanne-kieckbusch.de

Wahlkreisbüros:

78576 Emmingen-Liptingen

Neuhauserstr. 3

Tel.: 07465 / 909209, Fax: 920076

susanne.kieckbusch@wk.bundestag.de

78628 Rottweil

Tel.: 0741 / 0533914 Fax: 03222 / 5554554

susanne.kieckbusch@wk2.bundestag.de

dem Sicherheits- und Assistenzsysteme sowie alternative Antriebe getestet werden. Bei mehreren Besuchen in Immendingen tauschte ich mich mit Bürgermeister, Gemeinderäten und dem Leiter für federale und kommunale Projekte der Daimler AG, Dr. Lothar Ulsamer, über Chancen aus und informierte mich im eigens geschaffenen Bürgerzentrum über Modelle und Pläne des Projekts. Aufgrund der veränderten Regierungsverhältnisse wird eine grüne Abgeordnete auch im ländlichen Raum als Bindeglied geschätzt. Erste Schritte für die Umwandlung des Militärstandorts in ein Hochtechnologiezentrum wurden bereits im Juni durch die Unterzeichnung des Vertrags zwischen Daimler und dem Verteidigungsministerium eingeleitet. Nun folgen detaillierte Vertragsverhandlungen zur Einrichtung des Testzentrums. Nirgendwo in Deutschland würde sich eine derartige Flächenchance für ein solches Vorhaben noch bieten, so der Konzern.

Bewertung von Bundeseigentum?

Vorrangig sollen schon versiegelte Flächen und die Topographie der Landschaft so einbezogen werden, dass ehemalige Hallen und Militärkasernen als technische Entwicklungszentren genutzt werden. Als Grüne sensibilisiert durch den EnBW-Verkauf, drängt sich auch bei diesem Projekt die Frage der Wertbemessung auf. Zu erstellende Wertgutachten scheinen bei einer Konversion schwer bestimmbar. Ein privates Unternehmen will in Verhandlungen mit dem Bund einen adäquaten Kaufpreis für vorhandene Hallen, Militärgebäude oder Straßen ehemals aus Steuergeldern finanzierter öffentlicher Güter ermitteln, ohne dass dafür objektivierbare Wertbemessungen bestehen.

Proteste der Bürger_innen?

Fehlanzeige! Im Landkreis sind Proteste ausgeblieben, vielmehr hofft ein breites Bündnis von Unternehmen, Hochschule, Kommunen auf die positiven Entwicklungen für den ländlichen Raum. Bis zu 300 Arbeitsplätze sollen so in den nächsten Jahren am Standort entstehen und langfristig Arbeitsplätze bei der Daimler AG in Baden-Württemberg sichern: Die Einbeziehung von Umwelt- und Naturschutzverbänden schützt den Konzern vor Planungsfehlern. So werden nun unter der Teststrecke Wildwechselfläche geschaffen oder Flächen als Magerrasen geschützt.

Genehmigungspraxis

Öffentliche und private Organisationen handeln nach unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten, was gemeinsame Planungen vor große Herausforderungen stellt. Aus Unkenntnis der Handlungsabläufe entstehen Fehlplanungen, die Zeitressourcen kosten. Für private Unternehmen ist ein angemessener Zeitraum der Genehmigungen essentiell. In der Region verhandeln daher Daimler, Behörden auf Landes- und Bundesebene und Kommunen zeitgleich. Die Gestaltung des Verkehrsanschlusses des Testzentrums mit einer Entscheidung über die künftige Trassenführung der Bundesstraße sowie die Lärmentlastung der Bevölkerung sind bisher noch offene politische Fragen, die vom Kräftespiel zwischen Landes- und Bundesebene abhängig sind. Das Potential eines grünen Verkehrsministers und das Ernstnehmen regionaler Verantwortlicher gibt uns Grünen die Chance im ländlichen Raum in mehrheitlich CDU-geprägten Hierarchien als zu respektierende Alternative wahrgenommen zu werden.



Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik
Sprecher für Bürgeranliegen

Deutschland vielfältig denken: Ein grüner Inklusionsansatz für das Einwanderungsland

Seite 14

Die Unionsparteien bemühen sich wieder krampfhaft auf dem Rücken der Eingewanderten Wahlkampf zu machen. Damit wollen sie auf dem rechten Rand stimmen fischen. Da die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm wieder nur "Ausländerpolitik" betreiben, über die Rechte von Eingewanderten nichts verbindliches ankündigen und von "integrationsunwilligen Ausländern" sprechen, möchte ich Euch unser frisches Inklusionspapier in Kurzform vorstellen. Dies kann eine Wahlkampfhilfe für uns sein. Ich bin bereit mit diesen und innenpolitischen Themen Euren Wahlkampf vor Ort zu unterstützen.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig – und zwar durch und durch. Nie zuvor war Deutschland so von der Möglichkeit geprägt, individuelle Lebensentwürfe frei leben zu können. Dies ist Ausdruck von Vitalität und Pluralität einer freien Gesellschaft.

Die grüne Bundestagsfraktion will jetzt ihre Programmatik weiterentwickeln. Wir wollen unsere Integrationspolitik um den Ansatz der Inklusionspolitik vervollständigen.

Wir beziehen uns hierbei auf eine der tragenden Säulen des internationalen Menschenrechtsschutzes: der Inklusion. Wir möchten dazu beitragen, den international anerkannten, umfassenden menschenrechtlichen Anspruch auf Inklusion in seiner ganzen Breite durchzusetzen. Inklusion bedeutet schließlich, ALLEN in dieser Gesellschaft ein Höchstmaß an Gleichbehandlung, Teilhabe und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Die grüne Bundestagsfraktion versteht Inklusion als ein Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens. Inklusion will hierfür gesellschaftliche Strukturen und Institutionen verändern. Und das unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Identität, eingeschränkte körperliche oder geistige Fähigkeiten – aber auch unabhängig vom sozialen Status oder der ethnischen Herkunft.

Inklusion verändert den Blick auf Mensch und Gesellschaft:

- Das Zusammenleben unterschiedlichster Menschen wird zur Normalität. Das verändert die Haltung der Menschen zueinander und sorgt für gemeinsame Erfahrungen indem es Vorurteile abbaut.
- Es werden nicht „Defizite“ von Menschen thematisiert, sondern insbesondere ihre Fähigkeiten und Potenziale. Diese Chancenorientierung verändert den Blick der Gesellschaft auf das Individuum.
- Und schließlich sollen sich nicht länger die Menschen an Strukturen anpassen, sondern andersrum: Die Strukturen müssen an die Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe angepasst werden!

Handlungsfelder inklusiver Politik in einer Einwanderungsgesellschaft

Rechtliche Gleichbehandlung, Teilhabe und Chancengleichheit, das ist der dreifache Auftrag von Inklusion. In einer inklusiven Gesellschaft sind ALLE dazu aufgerufen, Hindernisse zu beseitigen, die Menschen am gesellschaftlichen und sozialen Aufstieg hindern. Eine Gesellschaft der Vielfalt in diesem Sinne inklusiv positiv zu gestalten sehen wir als eine wichtige Aufgabe.

I. Der inklusive Blick

Inklusive Politik ist klassische Querschnittspolitik. Sie entwickelt bei der Suche nach ursachenorientierten Lösungen gesellschaftlicher Probleme ihre eigenen Ideen. Ein Beispiel aus der Bildungspolitik:

Der Bildungserfolg von Menschen hängt nicht vom eigenen Geburtsort oder dem der Eltern ab. Entscheidend sind vielmehr die finanzielle Lage und die Bildungsnähe oder -ferne der Eltern. Deshalb sollte damit aufgehört werden, Menschen unter Hinweis

Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik und
Sprecher für Bürgeranliegen
Mitglied Innenausschuss und Petitionsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73277
Fax 030 / 227- 76277
memet.kilic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Pforzheim/Enzkreis

Hohenstaufenstr. 11
75177 Pforzheim
Tel. 07231/ 7769507
Fax 07231/ 7769508
memet.kilic@wk.bundestag.de
www.memet-kilic-gruene.de

Seite 15

auf ihren Migrationshintergrund für ein Scheitern im Bildungssystem die Schuld zu geben!

II. Politische Teilhabe erweitern

Konservative Integrationspolitik endet regelmäßig dort, wo es darum geht, Einwanderinnen und Einwanderern Rechte zu geben. Das ist der wichtigste Unterschied zwischen uns Grünen und den Konservativen. Für die grüne Bundestagsfraktion sind sichere Aufenthalts- und breit angelegte politische Teilhaberechte (u.a. vereinfachte Einbürgerung, Mehrstaatigkeit und kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige) die Basis inklusiven Zusammenlebens.

III. Alle in den Blick nehmen

Inklusion schaut über den Tellerrand hinaus: Gesellschaftliche Probleme werden nicht mehr isoliert in einzelnen Betroffenengruppen, sondern ganzheitlich analysiert und bearbeitet. Inklusion nimmt also immer ALLE in den Blick und schaut, ob und wie man ähnliche Benachteiligungs- und Ausgrenzungssphärenome gemeinsam unabhängig von der sozialen oder kulturellen Herkunft löst!

IV. Die Stärken von Menschen fördern

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft drückt sich u. a. in den unterschiedlichen kulturellen Prägungen der Menschen aus. Das Wissen darüber bzw. das Beherrschen mehrerer Sprachen, kulturellen Umgangsformen und Erfahrungen ist für ALLE ein großer Gewinn.

V. Klimawandel in den Amtsstuben

Die Akzeptanz innerhalb einer Gesellschaft der Vielfalt hängt auch davon ab, ob sich Bürgerinnen und Bürger in staatlichen Institutionen wiedererkennen bzw. inwiefern sie sich durch diese repräsentiert fühlen.

Wirklich inklusiv wird der Prozess der interkulturellen Öffnung aber erst, wenn interkulturelle Kompe-

tenz im Grundsatz für ALLE Einrichtungen, die in direktem Kontakt zu den Menschen stehen, wie etwa Bildungseinrichtungen, Ausländer- und Sicherheitsbehörden und Arbeitsagenturen zu einer Selbstverständlichkeit wird.

VI. Diskriminierung in allen Facetten bekämpfen

Diskriminierung kann ebenso in Neukölln auftreten wie in Altötting. In inklusiver Politikansatz verzichtet daher darauf, immer nur Menschen mit Migrationshintergrund darauf hinzuweisen, dass speziell sie den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes beachten müssten. Es ist Markenzeichen grüner Politik, ALLE mit effektiven Möglichkeiten befähigen, um sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung zur Wehr zu setzen.

Deshalb fordern wir, z. B. die Rechte von Diskriminierten und von Antidiskriminierungsorganisationen durch ein Verbandsklagerecht zu stärken.

VI. Neue Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Akteure

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure ist eines der Kernanliegen inklusiver Politik. Wir wollen Teilhabechancen von Migrantenselbstorganisationen stärken. Die grüne Bundestagsfraktion meint: der Bund steht nicht nur in der Verantwortung, sich um die Professionalisierung bundesweit tätiger Migrantenselbstorganisationen zu kümmern, sondern auch die Qualifizierung neuer bzw. kommunal tätiger Vereine mit zu unterstützen.

Und schließlich ist es überfällig, zusätzliche Religionsgemeinschaften gleichberechtigt als „gesellschaftlich relevante Akteure“ am politischen Leben zu beteiligen. Das vollständige Positionspapier/Fraktionsbeschluss befindet sich hier: <http://gruenlink.de/jzi>



Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik



Atompolitische Bilanz dieser Wahlperiode

Seite 16

Die Wahlperiode begann mit Laufzeitverlängerungen und der Einsetzung des Untersuchungsausschusses Gorleben. An ihrem Ende haben wir einen parteiübergreifenden Atomausstieg, haben die Lex Asse mit dem festgeschriebenen Ziel der Rückholung des Mülls auf den Weg gebracht und eine ergebnisoffene vergleichende Endlagersuche beschlossen. Viel mehr hätten wir atompolitisch in einer Regierung nicht erreichen können!

Heißt das, dass unsere Themen inzwischen von allen anderen genauso gut besetzt werden? Noch lange nicht! Nur durch unseren beständigen Druck, unsere präsenten Alternativ-Konzepte, unseren nicht zu übersehenden Rückhalt in der Bevölkerung wurde die Bundesregierung zu diesen Beschlüssen gedrängt. Schauen wir uns Japan an: Ohne starke Grüne im Land bringt selbst der GAU nicht den Atomausstieg.

Größter grüner Erfolg: das Standortauswahlgesetz

Unser größter Erfolg ist das "Standortauswahlgesetz". Von Bundestag und Bundesrat in überwältigender Mehrheit beschlossen ist es ein absolut grünes Gesetz. An seinem Beginn stand der Koalitionsvertrag von Baden-Württemberg, über zwei Landtagswahlen und das Auswechseln des Bundesumweltministers hinweg wurde es von uns Grünen auf der Tagesordnung gehalten, bis zum Schluss stand es wegen CDU - interner Querelen auf der Kippe und wurde am letzten Sitzungstag vor dem Wahlkampf vom Bundestag beschlossen.

Dieses Gesetz zieht den Schlussstrich unter eine 30 Jahre währende Fixierung auf den umstrittenen Standort Gorleben.

Das Gesetz wurde nach einem von uns Grünen eingeforderten dreitägigen Forum, in dem die Öffentlichkeit Stellung zum Gesetzentwurf nehmen konnte, noch einmal stark verändert: Der Rechtsschutz, der die Klagemöglichkeit vor einem Verwaltungsgericht vor der letzten Vergleichsstufe sicherstellt, wurde auf Kommunen und Einzelpersonen ausgeweitet. Die Finanzierung der Suche durch die AKW-Betreiber wurde mit einem von uns Grünen entwickelten Umlagesystem im Gesetz festgeschrieben. Die Verlängerung der auf 40 Jahre befristeten Genehmigungen für die Zwischenlager ist mit einer hohen Hürde versehen. Die Einlagerung weiterer Castoren im Zwischenlager Gorleben ist verboten. Die Errichtung des neuen Bundesamtes für Entsorgung wird nicht mehr in dieser Legislaturperiode vorgenommen. All das waren Forderungen, die im Forum vorgetragen und von den zuständigen Abgeordneten aufgegriffen wurden.

Eine Endlager-Kommission wird im Herbst ihre Arbeit aufnehmen, zu Grundsatzfragen der Entsorgung Stellung nehmen und die Kriterien für die vergleichende Standortsuche festlegen. Diese Kommission wird – ebenfalls anders als noch im eingebrachten Gesetzentwurf – aus 8 Wissenschaftlern, je 2 VertreterInnen aus Wirtschaft, Umweltverbänden, Kirche und Gewerkschaften, 8 Mitgliedern des Bundestags, 8 Mitgliedern von Landesregierungen und einer/einem Vorsitzenden bestehen. Ausschließlich Wissenschaft und Zivilgesellschaft haben Stimmrecht. Nach zwei Jahren wird die Kommission ihre Empfehlungen dem Bundestag vorlegen. Das dann beginnende Suchverfahren wird sich über zwei Jahrzehnte erstrecken.

Es wird also Ernst mit der so lange von uns geforderten vergleichenden Suche im Land. Wie es dabei

Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 74740

Fax 030 / 227- 76742

sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

www.kotting-uhl.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe

Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721-15186-87 Fax 0721-15186-90

sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Weiterer Kontakt für Baden-Württemberg

buero-kotting-uhl@gmx.de

(ehemals wk2)

im schlechten Fall zugehen könnte, zeigen uns derzeit die schwarz-gelb regierten Länder Bayern und Hessen oder auch die Gemeinde Philippsburg. Es geht um die letzten 26 Castoren aus den Wiederaufarbeitungsanlagen von Sellafield und La Hague, die nun nicht mehr in Gorleben eingelagert werden dürfen. Sie sollen auf drei AKW-Zwischenlager in drei verschiedenen Bundesländern verteilt werden. Die grünen Umweltminister von Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigten sofort Bereitschaft die Zwischenlager von Brunsbüttel und Philippsburg dafür zu öffnen. Die noch infrage kommenden Länder Bayern und Hessen sagten sofort Nein. Der Philippsburger Bürgermeister kündigte „zivilen Ungehorsam“ an. Offenbar fällt ausgerechnet der Anti-Atomkraft-Partei Grüne die Aufgabe zu im Land ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Nutzung der Atomkraft ein Erbe hinterlässt, dessen Verwaltung und möglichst sichere Endlagerung gesamtgesellschaftlicher Anstrengung bedarf und mit dem St. Florian-Prinzip jedenfalls nicht erreichbar ist.

Und die Umweltverbände?

Viele der Umweltverbände und Initiativen haben das Forum für die öffentlichen Behandlung des Gesetzesentwurfs boykottiert mit der Begründung, das sei eine Alibi-Veranstaltung, an dem schwer gefundenen Konsens werde sich nichts mehr ändern. Das war eine falsche Einschätzung. Diejenigen, die sich immer noch gegen das Gesetz aufstellen, wollen wahlweise ein Suchverfahren ohne Gorleben oder gar kein Gesetz, sondern erstmal nur die Kommission. Beides hat gute Gründe, beides geht politisch nicht. Ein Verfahren, das mit dem politischen Ausschluss Gorlebens beginnen würde, fände schwerlich Akzeptanz an anderen Standorten. Gorlebens Ausschluss aus dem Suchverfahren muss durch ein gesetzlich festgelegtes Ausschlusskriterium oder im

Vergleich mit besser geeigneten Standorten erfolgen. Nur das ist allen anderen potentiellen Standorten gegenüber fair und gerecht. Jetzt nur die Kommission einzusetzen und das eigentliche Suchgesetz nach deren Arbeit in zwei Jahren wäre angesichts dessen, was wir bei der Suche nach dem dritten Zwischenlager für sieben oder acht Castoren erleben, fahrlässig. Es ist Winfried Kretschmann jetzt gelungen die Länder zusammenzubringen – jetzt war das Eisen heiß, jetzt musste es geschmiedet werden!

Für die Endlagerung des hochradioaktiven Atom- mülls ist der erste entscheidende Schritt mit der gesetzlichen Grundlage getan.

In anderen Bereichen der Energiepolitik liegt noch deutlich mehr Arbeit vor uns. Die Bilanz der Bundesregierung ist erschreckend: Die Energiewende ausgebremst, die heimische Solarindustrie im Schulterchluss von Umwelt- und Wirtschaftsminister platt gemacht, von dringend nötigen Kapazitätsmechanismen viel geredet und nichts getan, ein neues Strommarktdesign das die Erneuerbaren in den Mittelpunkt stellt und nicht weiter zu den Verlierern der von ihnen ausgelösten Strompreissenkung macht nicht einmal angedacht.

Innerhalb der EU ist das deutsche Gesicht für Energie Kommissar Oettinger, der sich unbeeindruckt vom beschlossenen Atomausstieg seines Landes als Atomlobbyist betätigt. Und die stereotype Antwort von Kanzlerin und Umweltministerium auf die Forderung sich um die Risiken grenznaher AKW wie Fessenheim zu kümmern ist „Wir mischen uns nicht in die Energiepolitik anderer Länder ein!“ Wir haben noch viel zu tun! Ich habe in dieser Wahlperiode gelernt, dass sich vieles aus der Opposition bewegen lässt. Aber nicht alles! Deshalb: keine Laufzeitverlängerung für schwarz-gelb!



Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Schwarz-Gelb ignoriert die Probleme auf dem Arbeitsmarkt

Seite 18

Es muss wieder gerecht zugehen in unserer Gesellschaft. Und das gilt auch für die Arbeitswelt. Denn trotz guter Arbeitsmarktlage arbeiten bei uns immer mehr Menschen für viel zu wenig Geld. 25% der Beschäftigten verdienen heute nur einen Niedriglohn. Fast drei Millionen Beschäftigte bekamen im Jahr 2011 weniger als 6 Euro pro Stunde. Und rund sieben Millionen Menschen arbeiteten nach Angaben des aktuellen Reports des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) für weniger als 8,50 Euro. Das ist jeder – insbesondere jede - fünfte Beschäftigte.

Diese Fakten ignoriert Schwarz-Gelb und verweist stoisch auf die niedrige Arbeitslosenquote. Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind aber für mehr und mehr Menschen unerreichbar, denn neue Jobs entstehen überwiegend befristet, in der Leiharbeit, in einem Werkvertragsunternehmen, im Niedriglohnbereich oder als Minijobs. Angela Merkel hat diese verheerende Entwicklung in den vergangenen vier Jahren untätig zugelassen.

Der Arbeitsmarkt ist gespalten

Es stimmt zwar - die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf den ersten Blick verringert. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich: Der Arbeitsmarkt ist zutiefst gespalten. Er ist gespalten zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben und zu vielen prekär Beschäftigten.

Wenn der Stundenlohn in manchen Branchen inzwischen unterhalb des Existenzminimums liegt, wenn Leiharbeitskräfte deutlich weniger verdienen als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen, dann spiegelt der Lohnzettel alles Mögliche wider, aber sicher nicht den eigentlichen Wert der geleisteten Arbeit. Und wenn mehr als die Hälfte der Aufstocker, Vollzeit arbeitet und trotzdem nicht ohne Hartz IV über die Runden kommt, dann läuft etwas gewaltig schief in unserer Arbeitswelt.

Wenn Stammpersonal immer mehr durch Leiharbeitskräfte oder externe Werkvertrags-Beschäftigte verdrängt wird, dann zersplittern die Belegschaften. Innerbetriebliche Solidarität wird zerstört. Vor allem werden so Mitbestimmung, Kündigungsschutz, tarifliche Löhne und der soziale Schutz der Beschäftigten unterlaufen. Damit stehen hart erkämpfte gewerkschaftliche Errungenschaften nur noch auf dem Papier. Vor allem wurde so in den Regierungsjahren von schwarz-gelb nach und nach der Jahrzehnte alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft aufgekündigt. Akzeptabel ist das nicht.

Neue Ordnung und soziale Leitplanken

Die Politik ist aufgefordert, endlich wieder verantwortungsvoll zu handeln. Doch gerade das können und wollen Merkel und Co. nicht. Sie legen die Hände in den Schoß und glauben, der Markt wird's schon richten. Dabei geht es um die Menschen, um gute Arbeit, um faire Löhne, um gerechte Teilhabechancen. Und es geht auch um die Betriebe. Denn Unternehmen, die heute noch faire Löhne zahlen und ihre Belegschaft nicht durch Leiharbeitskräfte ersetzen, die tarifgebunden sind und in denen Mitbestimmung noch gelebt wird, sind längst verzerrten Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt. Wir brauchen deshalb dringend wieder eine neue Ordnung und soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt, die sowohl die Menschen, als auch verantwortungsvolle Betriebe schützen.

Notwendig ist vor allem ein gesetzlicher Mindestlohn, der flächendeckend für alle Beschäftigten gilt. Alles andere ist Etikettenschwindel. Notwendig sind aber darüber hinaus Maßnahmen, die das Tarifvertragssystem stärken und die Tariffucht bekämpfen. Denn die Arbeitgeber verabschieden sich immer häufiger von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.

Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Mitglied Ausschuss Arbeit und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73041
Fax 030 / 227- 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Reutlingen

Gartenstraße 18
72764 Reutlingen
Tel. 07121 / 9092411
Fax 07121 / 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de
www.mueller-gemmeke.de

Viele wechseln in Mitgliedschaften ohne Tarifbindung oder lagern aus durch Werkverträge. In der Folge funktioniert das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung nicht mehr – weil die Tarifbindung zu niedrig ist. Notwendig sind also auch mehr branchenspezifische Mindestlöhne und deshalb wollen wir das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen öffnen. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen erleichtert werden, damit Tarifverträge für alle in einer Branche gelten. Tariffucht darf sich nicht mehr lohnen.

Auch die sachgrundlose Befristung muss abgeschafft werden, denn Beschäftigte brauchen Sicherheit für ihre Lebens- und Familienplanung. In der Leiharbeit sind Branchenzuschläge und Lohnuntergrenzen zu wenig. Notwendig ist hier „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und zwar ab dem ersten Tag und mit einem Flexibilitätsbonus. Zudem müssen wir den Schein-Werkverträgen den Kampf ansagen. Denn Lohndumping ist kein Kavaliersdelikt!

Ein besonderes Anliegen sind mir außerdem die Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Sie verdienen noch immer rund 22% weniger als ihre männlichen Kollegen. Das ist und bleibt ein Skandal. Pünktlich zum Equal Pay Day verbreitet die Familienministerin die üblichen Mitleidsbekundungen und schaltet dann für den Rest des Jahres in den Ruhemodus. Wo bleibt ein Entgeltgleichheitsgesetz, damit Entgeltdiskriminierung endlich verhindert und „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ durchgesetzt wird? Und wo bleibt der Mindestlohn, damit die vielen Frauen in Minijobs endlich geschützt werden? Und im Übrigen - wir brauchen keine Minijobs, sondern sozialversicherungspflichtige Arbeit. Denn Minijobs bedeuten immer auch Mini-Renten und in der Folge Altersarmut.

Altersarmut verhindern

Unter den heutigen Bedingungen ist Altersarmut für viele Menschen absehbar. Wer über Jahre hinweg nur so viel verdient, dass er den eigenen Lohn mit Hartz IV aufstocken muss, kann keine Existenz sichernde Rente aufbauen. In den Jahren von 2007 bis 2011 wurden so insgesamt 53 Milliarden Euro an AufstockerInnen aus Steuergeldern bezahlt. Nachhaltig ist das für unseren Staat nicht. Die Rentenbiografien werden heute geschrieben. Notwendig sind also möglichst durchgängige Erwerbsbiografien und faire Löhne. Nur so können die Beschäftigten Existenz sichernde Renten aufbauen, nur so wird das Rentenniveau für alle stabilisiert.

Schwarz-Gelb redet viel über die drohende Armut im Alter. Getan haben sie aber nichts. Wer Altersarmut verhindern will, der muss auch dafür sorgen, dass die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können. Die Realität sieht aber anders aus. In den vergangenen Jahren hat die Arbeitsverdichtung enorm zugenommen. Gleichzeitig nahmen Schicht- und Nachtarbeit und Arbeit am Wochenende zu. Das führt zu psychischen Belastungen in der Arbeitswelt. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der Hauptgrund für Frühverrentungen. Das darf nicht sein. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb brauchen wir eine Anti-Stress-Verordnung – zum Schutz der Beschäftigten.

Um all das zu erreichen brauchen wir einen Politikwechsel. Denn für uns hat jegliche Arbeit ihren Wert und gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nur durch soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb müssen wir bis zum 22. September streiten – für eine andere, für eine bessere, für eine grüne Arbeitsmarktpolitik.



Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik

Gemeinwohl gegen Lobby: Das Grüne Steuermodell

Seite 20

Man kann nicht behaupten, dass unsere steuerpolitischen Beschlüsse für das Wahlprogramm in der Öffentlichen Diskussion untergegangen wären – ganz im Gegenteil. Obwohl wir manche Forderungen seit Jahren und Jahrzehnten vertreten (etwa die Abschmelzung des Ehegattensplittings), haben wir es jetzt geschafft, dass unsere Positionen auch in diesem Themenfeld breit diskutiert werden. Das ist ein Erfolg – und gleichzeitig natürlich ein Faktor für erheblichen Gegenwind. „Gieriger Robin Hood“ titelt die Süddeutsche Zeitung über uns, andere Überschriften lauten „So teuer wird die grüne Steuer“ oder „Rot-Grüne Steuerpläne gefährden Millionen Jobs“. Philipp Rösler warnt vor dem von uns vermeintlich geplanten „Raubzug durch die Mitte unserer Gesellschaft“ und Alexander Dobrindt hat keinen Zweifel, dass das Grüne Steuermodell „pures Gift für die Mitte“ sei.

Und das dürfte nur der Vorgeschmack auf die heiße Wahlkampfphase sein – zuletzt hat sogar das Berliner Landgericht bestätigt, dass Herr Dobrindt mit offensichtlichen Lügen über das Grüne Steuerkonzept hantiert, auch wenn es ihm dies schließlich nicht untersagt hat. Wir sollten uns also wappnen für das, was bis zum 22. September noch über unsere steuerpolitischen Beschlüsse gesagt und geschrieben werden wird. Denn das meiste geht schlicht an dem vorbei, was wir wollen.

Investitionsstau auflösen, Polarisierung der Gesellschaft reduzieren

Worum geht es im Kern? Darum, zwei parallel laufende Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die erste Fehlentwicklung ist die weiterhin hohe und steigende öffentliche Verschuldung auf allen staatlichen Ebenen in Deutschland. Auf Bundesebene hat sich

der Schuldenstand seit der Wiedervereinigung vervierfacht, allein seit dem Amtsantritt von Angela Merkel 2005 wurden über € 500 Mrd. neue Schulden gemacht. Dennoch gibt es in Deutschland einen massiven Investitionsstau bei Bildung, Infrastruktur und Energiewende: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat zuletzt ermittelt, dass in Deutschland eine Investitionslücke von € 75 Mrd. im Jahr klafft – wir leben also von der Substanz. Die deutsche Investitionsquote zählt zu den niedrigsten weltweit, wodurch bereits seit 1999 jährlich etwa ein Prozentpunkt Wachstum verloren gegangen ist. Dieser Effekt trägt sich natürlich fort, wenn wir nicht gegensteuern. Sogar Eric Schweitzer, der Präsident des DIHK hat kürzlich in einem Interview gesagt: „Was wir dringend brauchen, sind zusätzliche öffentliche Investitionen.“ Aber wie soll das gehen, ohne neue Schulden aufzunehmen oder eben die Einnahmen zu erhöhen?

Die zweite Fehlentwicklung betrifft die Verteilung von Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft. Nur fünf Staaten der OECD haben seit Mitte der 90er Jahre einen höheren Anstieg der Einkommensungleichheit zu verzeichnen als Deutschland. Heute verdienen die Mitglieder der obersten 10% der deutschen Gesellschaft etwa achtmal so viel wie die untersten 10%, in den 90er Jahren lag das Verhältnis bei sechs zu eins. Noch drastischer stellt sich die Polarisierung der Vermögen in Deutschland dar: Die obersten 10% der Deutschen besitzen heute zwei Drittel des gesamten Vermögens. Im Zeitraum von 2002 bis 2007 ist nur der Anteil dieser obersten 10% gewachsen, während derjenige der anderen 90% gesunken ist.

Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik
Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 74535

Fax 030 / 227- 76656

gerhard.schick@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mannheim

Kaiserring 38

68161 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252

Fax 0621 / 4018469

gerhard.schick@wk.bundestag.de

www.gerhardschick.net

Seite 21

Klare Prioritäten bei Einnahmen und Ausgaben

Das Grüne Steuermodell will eine Antwort geben auf diese beiden Fehlentwicklungen. Und zwar, in dem wir unter dem Strich ein Mehraufkommen haben – etwa € 30 Mrd. wollen wir aufwenden, von denen 40% in Bildung und Kinderbetreuung, 25% in den Schuldenabbau, 21% in Sozialleistungen und 14% in weitere Ausgaben fließen sollen. Dieses Mehraufkommen entstammt aber mehrheitlich nicht den Steuererhöhungen, über die jetzt viel geschrieben wird – vielmehr werden zwei Drittel der zusätzlichen Spielräume durch Ausgabenkürzungen und Subventionsabbau geschaffen. Erst das letzte Drittel ist dann das Resultat einer umverteilenden Wirkung des Grünen Steuermodells, in dem 90% der SteuerzahlerInnen ent- und nur die obersten zehn Prozent maßvoll belastet werden. Jahreseinkommen von bis zu € 60.000 werden im Grünen Modell nicht mehrbelastet, auch für die Abschmelzung des Ehegattensplittings haben wir einen entsprechenden Deckel vorgesehen. Übersichten zu Be- und Entlastungswirkungen findet ihr in Grafiken auf meiner Homepage (<http://snipurl.com/27emnl0>) sowie in FAQ's der Bundestagsfraktion zur Einkommensteuer (<http://snipurl.com/27emns7>) und zum Ehegattensplitting (<http://snipurl.com/27emnx4>).

Von der Grünen Vermögensabgabe sind sogar nur die 0,5% der vermögendsten Privatpersonen in Deutschland betroffen. Gleichzeitig könnten wir damit den Schuldenstand in Deutschland um etwa € 100 Mrd. senken, weil die Einnahmen ausschließlich zweckgebunden in den Schuldenabbau fließen sollen. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und entlastet den Haushalt auch sofort durch geringere Zinszahlungen. Entgegen der alarmistischen Wortmeldungen von Wirtschaftsverbänden

treffen wir damit auch nicht die mittelständischen Unternehmen, wie ihr im FAQ der Bundestagsfraktion (<http://snipurl.com/27emo17>) sowie in einem Gastbeitrag von mir in der taz (<http://snipurl.com/27emo47>) nachlesen könnt.

Kämpfen für eine faire Lastenverteilung in Deutschland

Im Gegenteil wollen wir kleine und mittlere Unternehmen sogar entlasten, indem unser Wahlprogramm beispielsweise eine steuerliche Forschungsförderung in Form einer 15-prozentigen Gutschrift für Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten vorsieht. Ebenso sind eine Vereinfachung der Thesaurierungsoption oder eine Erhöhung der Grenze zur Sofortabsetzbarkeit bei geringwertigen Wirtschaftsgütern als Forderungen enthalten. Auch unsere Anstrengungen gegen die Steuervermeidung großer, grenzüberschreitend tätiger Konzerne nutzt den mittelständischen Betrieben – denn diese haben eine solche Möglichkeit nicht und haben daher heute einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Firmen, die ihre Steuerlast erheblich drücken können. Ausführungen zum Grünen Unternehmensbesteuerungskonzept finden sich in einem Positionspapier der Bundestagsfraktion (<http://snipurl.com/27emo6r>).

Wer die Grünen Vorschläge für eine Steuerreform als „Raubzug“, „Gift für die Mitte“ oder schädlich für die Wirtschaft bezeichnet, zeigt damit nur, dass er Lobbyist für die Interessen der obersten zehn Prozent dieser Gesellschaft ist: für die Spitzenverdiener, Vermögenden und großen Unternehmen. Wir dagegen wollen Schuldenabbau und Investitionen fair finanzieren. Lasst uns bis zur Wahl dafür kämpfen, dass dieser Unterschied offensichtlich wird!



Ulrich Schneider

Sprecher für Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement

SOMMER. HEISS. GRÜN

Seite 22

Liebe Freundinnen und Freunde in Baden-Württemberg,

die Merkel-Regierung glänzt mehr mit Tatenlosigkeit und kassiert eine Abfuhr nach der anderen vor dem Bundesverfassungsgericht. Jetzt hat Sie es höchsttrichterlich schwarz auf weiß: Die Politik von Schwarz-Gelb ist ungerecht, diskriminierend und verfassungswidrig!

Widerwillig wird das Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften in der letzten Sitzungswoche eingeführt!

Schauen wir zurück auf die Schwarz-Gelbe Familien-, Kinder- und Jugendpolitik so stellen wir fest: außer Spesen nichts gewesen!

Unsere Grünen Anträge haben wir gegen diesen Stillstand gesetzt: Und trotzdem: Die Jugendpolitik von Kristina Schröder bleibt kopflos und der 14. Kinder- und Jugendbericht bringt es auf den Punkt: Die Koalition hat Jugendliche vergessen. Ein klareres Armutszeugnis hätte man der Familienministerin nicht ausstellen können.

Dabei wollte die Koalition Jugendpolitik in dieser Legislatur zu einem eigenständigen Politikfeld machen, um Jugendliche stärker an Politik zu beteiligen. Außer dem Führerschein mit 17 ist nichts geschehen!

Auch beim bürgerschaftlichen Engagement hat Familienministerin Schröder in dieser Wahlperiode mit ihrer nationalen Engagement-Strategie gezeigt, wie wenig und schon gar nicht strategisch die Bundesregierung agiert. Die unterschiedlichen Ministerien wursteln alle mit eigenen Projekten und Ideen herum. Eine Gesamtstrategie und schlüssige, abgestimmte Konzepte fehlen vollkommen. Beim neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sieht es traurig aus: Die vielen Freiwilligen können nicht über die

qualitativen Mängel in der Organisation hinwegtäuschen. Wir haben der Bundesregierung kurzfristig umsetzbare Vorschläge gemacht. Geändert hat sich nichts, insbesondere die Bildungsangebote und die Mitbestimmungsrechte für Freiwillige bleiben problematisch.

Das muss sich ändern! Auch dafür steht die Kampagne  ... FÜR GLEICHE RECHTE, die den Kern vieler unserer politischen Ziele in dem Logo mit dem Gleichheitszeichen vereint. Neben Energie und Ökologie sind moderne Gesellschaft und Gerechtigkeit die zentralen Anliegen von uns Grünen im Bundestagswahlkampf und für die kommenden Jahre. Wir stellen unsere Idee eines gerechten Miteinanders gegen die sich immer weiter auseinanderbewegende Gesellschaft. Wir stehen für eine aufgeschlossene, faire und fortschrittliche Gesellschaft! Gleiche Rechte sind nach unserer Überzeugung die Grundlage, mit der wir unsere Ziele erreichen.

Deshalb kämpfen wir  ... FÜR GLEICHE RECHTE für alle Menschen, jung wie alt, zum Beispiel durch die Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre! Dieser wichtige Schritt bedeutet mehr Beteiligung von Jugendlichen in Entscheidungsprozessen.

Wir haben dies zu einem Schlüsselprojekt in unserem Wahlprogramm gemacht, in dem deutlich wird, dass dafür die politische Bildung sowohl in den Schulen als auch im außerschulischen Bereich gestärkt werden muss. Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, das Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Jugendliche endlich an der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können.

Südwest Grün Juli 2013

Ulrich Schneider

Sprecher Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement
Mitgl. Ausschuss Familie, Senioren, Frauen, Jugend
Platz der Republik 1

11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 72161
Fax 030 / 227- 76161

Wahlkreisbüro Heilbronn

Kaiserstr. 17
74072 Heilbronn
Tel. 07131 / 1201148-0
Fax 07131 / 1201148-9
ulrich.schneider@wk.bundestag.de
www.ulrich-schneider.de

Seite 23

Wir kämpfen  ... FÜR GLEICHE RECHTE für Frauen und Männer durch eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände und durch gleiche Löhne für gleichwertige und gleiche Arbeit!

Eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zeigt: Frauen machen längst die besseren Abschlüsse. Doch in den Führungsetagen ist der Frauenanteil immer noch extrem niedrig. In den Vorständen der größten Unternehmen in Deutschland sind knapp 4 Prozent Frauen und Aufsichtsräte werden nur zu knapp 13 Prozent weiblich besetzt. Auch in der Bezahlung wird der genderspezifische Unterschied zwischen Frauen und Männern mit 22 Prozent immer noch sehr hoch! Akademikerinnen verdienen fünf Jahre nach dem Abschluss durchschnittlich 20 Prozent weniger als Akademiker des gleichen Jahrgangs. Dagegen können wir etwas tun: mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen für eine gesetzlich verankerte Quote in Führungsebenen und für Entgeltgleichheit! Was Schwarz-Gelb nicht zu Stande gebracht hat, werden wir ab 22. September umsetzen: gleiche Rechte für Frauen und Männer!

Und wir kämpfen  ... FÜR GLEICHE RECHTE für Lesben und Schwule unter anderem durch die Öffnung der Ehe!

Lebenspartnerschaften sind gegenüber verheirateten Paaren immer noch massiv benachteiligt. Gleichgeschlechtliche Paare können nicht gemeinsam Kinder adoptieren. Außerdem sind viele Gesetze (Wohnungsbauprämien, Riesterrenten etc.) noch immer nicht angepasst. Auch wenn die große Baustelle Steuerrecht von Karlsruhe ausgeräumt wurde und Karlsruhe bei der Adoption sehr positive Signale gibt, bleibt noch viel in Politik und Gesellschaft zu tun, um endlich gleiche Rechte für Lesben und Schwule zu erreichen.

Ein starkes Zeichen für Gleiche Rechte – das grüne Quadrat mit den zwei hell abgesetzten parallelen Balken ist meine Bildmarke für die Kampagne  ... FÜR GLEICHE RECHTE Entwickelt aus der „Human Rights Campaign“, steht sie für das grüne Ziel, gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Alter zu erreichen. Gleiche Rechte sind unabdingbar für eine moderne, offene und gerechte Gesellschaft!

Alle, die  ... FÜR GLEICHE RECHTE und den Grünen Wandel kämpfen, lade ich ein, die Kampagne zu teilen – bei Facebook und Twitter und als Offline-Button. Unter gleichrechte@ulrich-schneider.de könnt ihr den  Pin oder Post-Its bestellen und die Botschaft  ... FÜR GLEICHE RECHTE weitertragen – medial und per Aufkleber. Ideen und Vorschläge dazu findet ihr unter www.ulrich-schneider.de.

Jetzt freue ich mich auf einen heißen Sommer-Wahlkampf! Wir GRÜNEN sind bestens aufgestellt: mit unserem Spitzenteam und all den Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen, mit einem gerechten, ehrlichen und soliden Wahlprogramm für den Grünen Wechsel und mit unseren basisdemokratisch ausgewählten Schlüsselprojekten! Dieser Sommer wird heiß und er wird GRÜN! Wir werden den GRÜNEN Wechsel schaffen – davon bin ich überzeugt! Packen wir's an!

Euer Ulrich

Südwest Grün Juli 2013





SÜDWEST GRÜN erscheint ca. 4 x mal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsabgeordneten von unserer Arbeit. Es wird als pdf-Datei versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will

bitte E-Mail mit **Betreff: Abo Südwest-Grün** an

buero-kotting-uhl@gmx.de

Ältere Ausgaben der 17. Wahlperiode im **Archiv SWG**

<http://kotting-uhl.de/site/suedwestgruen/>

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft

in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“ und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Sylvia Kotting-Uhl MdB (Landesgruppensprecherin)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/227-74740

Fax 030/227-76742

E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Redaktion: Ingrid Behner

Mehr aus der Bundestagsfraktion unter

www.gruene-bundestag.de